

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgebühren.

Redaktion: Tauhaer Str. 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 3721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Beilage oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauhaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Eine Heldenthat der hohen Diplomatie.

Leipzig, 24. März.

Das am 21. März veröffentlichte Selbstbuch über den französisch-türkischen Konflikt von 1900—1901 gibt wieder ein kleines Bildchen davon, was die heutige „hohe Diplomatie“ heißt. Das Schriftstück umfaßt ganze 76 Dokumente, die den gegenseitigen Notenwechsel zwischen den Agenten der französischen, der türkischen und zum Teil auch der anderen Mächte wiedergeben. Ein äußerst reger Meinungsaustausch hatte da zwischen den verschiedenen Vertretern der Mächte vom Juli 1900 bis November 1901 stattgefunden, wobei die französische Republik mit großer Energie und imponierender Willensfestigkeit auftrat. Bekanntlich ist es ja auch bei Drohnoten nicht geblieben, sondern die Befestigung Mithilens durch die französische Kriegsmarine verließ ihnen noch den nötigen Nachdruck. Mit innerem Stolz entfaltet heute die „radikal-sozialistische“ Regierung vor den Augen der französischen Bürger und der Außenwelt die historischen Dokumente ihrer heldenhaften Kämpfe mit der Pforte und ihres glänzenden Sieges über den „illoyalen“ Gegner.

Und was war nun eigentlich die „Omlette“, um die so viel Lärm geschlagen wurde? Wie jedes politische Kind in Frankreich nachgerade weiß und wie es das Selbstbuch selbst nicht zu verbergen vermag, war es der unerhörte Frevel der Pforte, daß sie die Zinsenzahlung auf das einst von den zwei schwerreichen Bankiers Lorando und Tubini auf Wucherzinsen genommene Darlehen eingestellt hatte! Das war allerdings ein verbrecherisches Beginnen, ein Hochverrat gegenüber den allerheiligsten Rechten des Kapitals, ein Schlag ins Gesicht der kapitalistischen „Kultur“, eine tiefe Kränkung für die „nationalen Interessen“ und den „Nationalstolz“ der französischen Republik. Diese Schandthat mußte unbedingt gesühnt, die Genugthuung mußte unter Ausbeutung der äußersten Mittel, ja sogar unter Zuhilfenahme einer Kriegsdrohung gefordert werden! Das Meisterwerk der „republikanischen“ Diplomatie wurde vom Siege gekrönt, der „tränke Mann“ am Bosphorus, dem die Schwertschärpe auf die Brust gesetzt wurde, gab nach, und — jubel, Menschheit! — die Nachfolger von Lorando und Tubini kriegen ihre Zinsen wieder. . . !

Im Dezember des vergangenen Jahres kam die türkische Angelegenheit im französischen Parlament zur Sprache. Die sozialistisch-revolutionäre Fraktion interpellierte die Regierung und stellte durch den Mund ihres Redners Sembat die bürgerliche Diplomatie zur Rede. Wegen der Nichtaus-

zahlung von Zinsen an einige Häufchen der Börsenwelt läßt die Republik alle Minen springen, bringt Himmel und Hölle in Bewegung? Aber die Pforte, rief damals der Vertreter des französischen Proletariats, hat noch andere Sünden auf dem Gewissen. Die Armenier, die Wegekinder in den armenischen Städten und Dörfern, das Blut der unschuldigen armenischen Weiber und Kinder! Wo war, wo ist hier die Republik mit ihrer Intervention? Wo ist bei dieser Frage die Standhaftigkeit, die Energie, das diplomatische Geschick der Herren Delcassé und Konjonten geblieben? Wo war in dieser Angelegenheit die rührende Eintracht, die vereinte Willenskraft der Mächte zu sehen, die sich in der Zinsfrage so glänzend bewährt hat?!

So frug, so rief in tiefer Entrüstung das französische Proletariat in der Pariser Kammer. Aber da bot die bürgerliche Kammer, der republikanische Regierungstisch ein merkwürdiges Schauspiel. Die sozialistischen Jorandus machten hier genau denselben Eindruck, wie die rührende Geschichte der Tubinischen Zinsen auf die sozialistischen Bänke. Lange weile, Ungebuld, gänzliche Verständnislosigkeit, nervöses Aufschreien. Zinsen? frugen sich die Arbeitervertreter, deswegen also Drohungen, emsige Diplomatenarbeit, der ganze internationale Apparat in Aufregung, Kriegsmarine in Bewegung, um ein Paar Blutvergießen und Menschenopfer! Armenische Wegekinder? frugen wiederum mit erstaunten Gesichtern die edlen Vertreter des bürgerlichen Diplomatenhandwerks, deswegen sollen wir uns aufregen, Zeit und Kraft anwenden, uns vielleicht in riskante und unangenehme Abenteuer stürzen!

Was gehen uns die Zinsen der Herren Lorando und Tubini an? riefen die proletarischen Politiker. Was gehen uns die gemordeten Armenier an? war die schweigende, aber deutliche Antwort der bürgerlichen Republik.

Die kleine Angelegenheit des franco-türkischen Konflikts zeigt eben wie ein Mikroskop die ganze politische Welt von heute. Oder vielmehr die zwei Welten. Hier Interessen der Menschlichkeit, des Friedens, dort — die gepanzerte Faust, die zum Schutze der gekränkten Kapitalinteressen dreinfährt. Hier die heiligen Menschenrechte, die weltumfassende Brüderlichkeit, die ethische Kultur, dort — die heiligen Zinsrechte, die weltumfassende Ventegier, die klingende Unkultur.

Und so bleibt das neueste Selbstbuch der bürgerlichen Diplomatie für die Arbeiterwelt Frankreichs wie anderer Länder nichts als ein historisches Altstück der kapitalistischen Barbarei, das sie mit Gleichgültigkeit, nein — mit Verachtung, mit Abscheu aus den Händen wirft.

## Politische Uebersicht.

Eine Friedensbotschaft.

Die Friedensbotschaften aus Südafrika sind so oft und so lange nachträglich demontiert worden, daß man nun auch den neuesten konkreten Nachrichten über das Eintreffen von Buren-Delegierten im englischen Kriegslager mißtrauisch gegenübersteht. Aus Pretoria kommt jedoch eine sensationelle Friedenskunde. Danach sind die Mitglieder der Transvaalregierung Schall Burgher, Reij, Lukas Meyer, Krogh und van der Veld von Widdelburg mit Sonderzug unter Parlamentärsflagge dort eingetroffen.

Eine genauere Nachricht hat der Standard:

Schall Burgher und die anderen Delegierten hatten einen Teil der Woche hindurch eine Stellung bei Renosterkop inne. Sie wurden hart bedrängt vom Oberst Parker und anderen. Es entgingen sogar einzelne nur mit Mühe der Gefangenschaft, und ihre Stellung wurde mehr und mehr unhaltbar. Freitag nacht wurden Staffettenreiter nach Balmoral entsandt, welche meldeten, daß die Delegierten unter Eskorte baselbst eintreffen würden, was Sonnabend geschah. Die Delegierten reisten sofort nach Pretoria weiter, während die Eskorte in Balmoral zurückblieb. Beim Eintreffen in Pretoria wurden Schall Burgher und die übrigen Delegierten in Ritcheners Wagen abgeholt und nach dem Hauptquartier geleitet, wo sie eine Unterredung mit Ritchener hatten und dann nach dem Orange-Freistaat weiterführten. Die Daily Chronicle berichtet, seien die Delegierten nach Kronstadt weiter gereist.

Diese Nachricht lautet in ihren Einzelheiten so bestimmt, daß sie unmöglich materiell falsch sein kann. Dagegen geht aus der Mitteilung des Standard nicht mit voller Klarheit hervor, ob man es mit einer mehr militärischen oder vorwiegend diplomatischen Aktion zu thun hat. Der Standard ließ durchblicken, daß die militärische Bedrängtheit Schall Burghers Veranlassung zu dem Schritt gewesen wäre; allein es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Burengenerale, selbst wenn ihre militärische Position noch so unhaltbar gewesen wäre, sich und ihre Sache politisch aufgeben würden, um den Folgen einer militärischen Niederlage zu entgehen. So mag wohl das Gerüde von der strategischen Unhaltbarkeit der Burenstellung eine der üblichen englischen Renommistereien sein. Dann ist aber die Thatsache, daß die Buren-Delegierten mit dem englischen Oberkommando in Verbindung getreten sind, um so bemerkenswerter, und die Vermutung ist nicht abzulehnen, daß es sich um die Einleitung von Friedenspräliminarien handelt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Buren sich von der endgültigen Nulllosigkeit der Fortsetzung des militärischen Widerstandes überzeugt haben und die sympathische Stimmung, die anlässlich der Freilassung Weiphuens in England für sie besteht, zur Erlangung günstiger Friedensbedingungen benützen wollen.

Die englischen Morgenblätter stimmen darin überein, daß die Meldung aus Pretoria betreffend die Buren-Delegierten nicht

## Seuiletton.

### Ehepaar Orlow.

Von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Michael Feofanov

„Nun, also wie denn?“ fragte Grigorij mit gehobener Stimme.

„Was, wie denn?“ fragte Matrëna und wischte gleichgültig an den Tassen.

„Du Mütter! Mach keine Stückchen. . . ich schlage!“ brauste Orlow auf. „Ich gehe vielleicht dem Tode entgegen.“

„Ich schätze Dich nicht. . . geh doch nicht. . .“ unterbrach ihn Matrëna.

„Du würdest froh sein, wenn Du mich schiden könntest, das weiß ich!“ rief Orlow ironisch aus.

Sie schwieg. Schweigen reizte ihn, aber er enthielt sich von dem sonst gewohnten Ausdruck seiner Gefühle, die ähnliche Auftritte in ihm erzeugten. Er enthielt sich unter dem Einflusse eines, wie es ihm schien, äußerst boshaften Gedankens, der ihm durch den Kopf schoß. Er lächelte sogar boshaft.

„Ich weiß, Du möchtest, ich soll zur Hölle fahren. Nun, wir werden noch sehen, wer siegen wird. . . ja! Ich kann auch etwas thun — daß Du nur stammeln wirst!“

Er sprang vom Tische auf, nahm seine Mütze vom Fenster und ging fort; er hinterließ die Frau unbefriedigt von ihrer Politik, verwirrt von den Drohungen, mit einem in ihr wachsenden Gefühle der

Angst vor der Zukunft. Sie schaute zum Fenster und flüsterte vor sich hin:

„O Gott! Himmelskönigin! Gebenedeite Gottesmutter!“

Bedrängt von einer Menge beunruhigender Fragen, saß sie lange am Tische, versuchte sich vorzustellen, was Grigorij thun würde. Vor ihr stand das rein gewöhnliche Geschirr; auf die Feuerwand des Nachbarghauses gegenüber den Fenstern des Zimmers warf die untergehende Sonne einen rötlichen Fleck; widergespiegelt von der weißen Wand, war er ins Zimmer gebrungen, und der Rand der gläsernen Zuckerdose, die vor Matrëna stand, glänzte. Sie hatte die Stirne zusammengesogen und schaute auf diese schwache Widerspiegelung, bis die Augen ermüdeten. Dann stand sie vom Stuhle auf, stellte das Geschirr fort und legte sich aufs Bett.

Es war ihr schwer ums Herz.

Grigorij kehrte zurück, als es schon vollständig dunkel war. Schon nach seinen Schritten auf der Treppe urteilte sie, daß er bei Stimmung sei. Er schimpfte über die Dunkelheit im Zimmer, rief die Frau beim Namen, kam an das Bett und setzte sich darauf. Die Frau erhob sich und setzte sich neben ihn.

„Weißt Du was?“ fragte Orlow lächelnd.

„Nun?“

„Du gehst auch in Stellung!“

„Wohin?“ fragte sie ihn mit bebender Stimme.

„In eine Baracke mit mir!“ erklärte Orlow feierlich.

Sie umhakte ihn, preßte die Hände fest zusammen und küßte ihn gerade auf die Lippen. Er hatte dies nicht erwartet und stieß sie von sich. Sie verstellte sich nur. . . die Spitzbubin, will gar nicht mit mir zu-

sammen gehen. Sie verstellte sich, die Schlange, hält den Mann für einen Dummkopf. . .

„Worüber freust Du Dich?“ fragte er sie barsch und argwöhnisch und fühlte das Verlangen, sie auf die Dielen zu werfen.

„Ueber gar nichts weiter!“ antwortete sie lech.

„Mach keine Finten! Ich kenne Dich!“

„Ach, Du mein tapferes Held!“

„Daß sein, sage ich. . . Sieh Dich vor!“

„Grischanja, Du mein!“

„Ja, was ist mit Dir thatsächlich?“

Als ihre Liebkosungen ihn ein wenig beruhigt hatten, fragte er sie sorgenvoll:

„Aber hast Du keine Angst?“

„Ich meine, wir werden doch zusammen sein,“ antwortete sie ihm einfach.

Das that ihm wohl und er sagte zu ihr:

„Du bist ein tapferes Weib!“

Und dabei kniff er sie in die Seite, daß sie aufschrie.

Der erste Tag, der Dujour der Orlows fiel mit einem starken Andrang von Kranken zusammen, und den beiden Neulingen, die an ihr langsam sich dahinziehendes Leben gewöhnt waren, war es bange und eng in der fieberhaften Thätigkeit, die sie erfasst hatte. Angewandt, die Befehle nicht verstehend, niedergeschlagen von den Eindrücken, waren sie plötzlich aus der Fassung gekommen, und obgleich sie fortwährend irgend wohin liefen mit dem Versuche, zu arbeiten, störten sie eher andere, als daß sie arbeiteten. Grigorij fühlte mehrmals mit seinem ganzen Wesen, daß er ein strenges Ausschreiben oder einen Verweis für sein Unvermögen verdiene, aber zu seiner großen Verwunderung schrieb man ihn nicht an.



genau genug sei, um etwas Bestimmteren als Vermutungen Raum zu geben. Die Meldung wird Hoffnung versprechend angesehen, aber man bezweifelt, ob die Autorität Schall Burghers von Votha, Delarey und Dewel anerkannt wird.

Deutsches Reich. Parlamentarische Briefe.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 22. März. Auch das Herrenhaus hat sich nun in die Osterferien begeben, um sich bis Ende April von den Anstrengungen der letzten vier Tage zu erholen. Die Ruhe ist den „edlen und erlauchten“ Herren wirklich zu gönnen, denn so viel Vorlagen, wie sie in diesen paar Sitzungen erledigt haben, erledigt manch anderes Parlament kaum im Laufe einer ganzen Session.

Erfreulich ist die Offenherzigkeit, mit der die Herrenhäuser stets ihre reaktionären Ansichten vertreten. So brachte es heute, gelegentlich der Beratung der Vorlage betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering beföldeten Staatsbeamten, Graf von Hohenthal-Dölkau fertig, ganz unverhüllt den Zweck dieser Vorlage dahingehend zu bezeichnen, daß der Staat dadurch auf die patriotische Gesinnung seiner Arbeiter einwirken könne.

Auch die Beratung des Verichts über die Betriebsergebnisse der vereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen lieferte wieder einen schätzenswerten Beitrag zur Beurteilung des mittelalterlichen Geistes, der im Herrenhause herumspukt. Der Referent, Herr v. Graß, stellte an die Regierung allen Ernstes das dreifache Verlangen, den aus dem Auslande kommenden Waren höhere Eisenbahntarife aufzulegen als den Inlandwaren.

Ohne Debatte nahm das Haus die Gesetzentwürfe betr. die Heranziehung der Gesellschaften m. b. H. zu den Preisabgaben und betr. die Novelle zur Landgemeindeordnung an. Diese Novelle setzt die größeren Gemeinden der sieben östlichen Provinzen in die Lage, mit Genehmigung des Ministers durch Ortsstatut vorzuschreiben, daß ein oder mehrere, höchstens jedoch ein Drittel ihrer Schöffen besetzt werden können.

Unter den vielen Petitionen, mit denen sich das Haus beschäftigte, ist die des Bundes Berliner Grundbesitzervereine zu erwähnen, welche sich gegen eine vorzugsweise staatliche Unterstützung des Baugenossenschaftswesens und gegen den städtischen Grunderwerb über den für die eigentlichen Kommunalzwecke erforderlichen Bedarf hinaus wendet.

Voraussichtlich am 29. April. wollen die Herrenhäuser wieder auf der Bildfläche erscheinen, um den Etat zu beraten.

Unter diesem Titel veröffentlicht ein sehr gesinnungstüchtiges Blatt, die Schlesische Zeitung in Breslau, eine erbauliche Zeremonie über parlamentarische Schwachhaftigkeit. Die Selbst-erkenntnis ist um so dankenswerter, als die Schlesische Zeitung ihr teilsichs Messer zunächst an ihre eigenen Gesinnungsgenossen legt. Der preussische Landtag geht eben in die Ferien, ohne das Budget fertig gestellt zu haben, das nach der preussischen Verfassung bis zum 1. April verabschiedet sein soll.

So empfiehlt die Schlesische Zeitung den Boykott durch die Presse. Sie schreibt:

Unter diesen Umständen ist die Frage angebracht, ob die Presse ihren Raum durch ausführliche Wiedergabe berattiger Redeleistungen belasten soll. Ohne Zweifel ist es nicht mehr als höchstens einer von hundert Zeitungslesern, der überhaupt gegenwärtig noch den Parlamentsberichten seine Aufmerksamkeit schenkt; die übrigen 99 würden es dankbar anerkennen, wenn auf diesem Gebiete Raum gespart und dafür Interessantes geboten würde.

Soweit die Schlesische Zeitung. Sie wird mit diesem Mittel den bürgerlichen Parlamentarismus nicht kurieren, dessen Verfall in unseren ganzen politisch-sozialen Zuständen wurzelt. Aber gut gemeint ist ihr Vorschlag ohne Zweifel, und wir geben ihm gern größere Verbreitung, zumal da er zeigt, wie die Logik der Dinge selbst die reaktionärsten Köpfe dazu treibt, einen Karl Marx zu verstehen, sei es auch nur in ihrer Weise.

Marx schrieb schon vor fünfzig Jahren mit prophetischem Blick, der deutsche Parlamentarismus sei mehr als jeder andere vom parlamentarischen Kremlismus durchseht, „einem Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erbärmlichen Ueberzeugung erfüllt, daß die ganze Welt, ihre Geschichte und ihre Zukunft, durch eine Majorität von Stimmen in dem besondern Vertretungskörper gelenkt und bestimmt werde, der die Ehre hat, sie zu seinen Mitgliedern zu zählen, daß alles und jedes, was außerhalb der Mauern des Hauses vor sich geht — Kriege, Revolutionen, Eisenbahnbauten, die Kolonisierung ganzer deutscher Kontinente, kalifornische Goldfunde, centralamerikanische Kanäle, russische Heere, und was sonst noch einigen Anspruch darauf erheben kann, die Geschichte der Menschheit zu beeinflussen — daß alles das nichts ist im Vergleich zu den unermeßlichen Ereignissen, die im Schoße der wichtigen Frage ruhen, der, was immerhin sein mag, gerade in dem Moment die Aufmerksamkeit des hohen Hauses gebührt.“

So brauchen wir uns über den Vorschlag der Schlesischen Zeitung nicht zu erschauern; wir würden ihn sogar mit einer gewissen Anerkennung begrüßen, wenn zu hoffen stände, daß die bürgerliche Presse den durch Wändigung der parlamentarischen Schwachhaftigkeit gewonnenen Raum dazu benutzen wolle, der deutschen Arbeiterbewegung ein besseres Verständnis zu widmen, als bisher.

Satz vor Schulkenten.

Deuthen, 22. März. Die hiesige Strafkammer verurteilte die Polizeiferganten Janz und Rauscher aus Schwientochlowitz

wegen Körperverletzung im Amte zu fünf bzw. drei Monaten Gefängnis. Von der Strafkammer in Oppeln wurde der Amtsfergant Czipka aus Reudorf wegen des gleichen Vergehens zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Berlin, 24. März. Das Centrum bewährt wieder seine oft erprobte Fertigkeit im parlamentarischen Kuhhandel. Eine parlamentarische Korrespondenz weiß zu berichten, das Centrum stehe auf dem Standpunkt, daß weder die Zolltarifkommission noch die Regierung die Blüte ins Korn werfen sollten, und dies um so weniger, als begründete Anhaltspunkte dafür vorhanden seien, daß die Regierung und eine Mehrheit des Reichstags von einer Einigung über die Minimalzölle weniger entfernt voneinander sind, als dies in weiten Kreisen angenommen werde.

Die geistlichen Herren haben die Macht, zu binden und zu lösen. Sie werden der Regierung gern Absolution erteilen, wenn diese sich über ihr feierlich proklamiertes: Bis hierher und nicht weiter! von den Ueberzählern hinauszerren läßt.

Das anarchische Organ Die Freiheit hat wegen Geldmangels ihr Erscheinen eingestellt. Zu Ostern soll in einer Stadt Mitteldeutschlands, deren Namen noch geheim gehalten wird, ein anarchischer Kongress stattfinden, der zur Pressefrage bezüglich der Freiheit Stellung nehmen wird.

So berichten offiziöse Bureaus. Fabelhaft, was die Polizei alles weiß!

Als einen Beweis der Disziplin und der Geschlossenheit der Partei feiert mit Recht unser Breslauer Parteiorgan die Wahl Bernsteins in Breslau. Diese Wahl, schreibt unser Parteiblatt, ist ein untrügliches Wahrzeichen für die Festigkeit der sozialdemokratischen Partei. Welche Hoffnungen haben die bürgerlichen Parteien einst an den Namen Bernstein geknüpft. Alles ist verfliegen. In seinem Wahlkreis bemühten sich um seinen Sieg „Radikale“ und „Opportunisten“, Singer und Seine, Göhre und Peus, Fischer und Hofmann, und nicht ein Genosse ist von der Urne weggeblieben wegen Gesinnungsverfälschtheiten mit dem Kandidaten. Das war ein Zeugnis der Disziplin und der Einigkeit unserer Partei, wie wir es nicht besser wünschen können.

Es genügt, einen Blick auf die Vorgänge zu werfen, die sich jetzt angeht der Neuwahlen bei den französischen Sozialisten abspielen, um die Bedeutung der Wahl Bernsteins, als eines Symptoms der strophenden Gesundheit und Kraftfülle der deutschen Partei, vollaus zu würdigen.

Der neu projektierte deutsche Rheberkreuzt erklärt eine Veräußerungsproklamation an das Publikum der Interessenten. Die rheberoffizielle Weferzeitung hat die Beforgnisse zu zerstreuen, die das Projekt eines deutschen Rheberkreuztells in weiten Kreisen hervorgerufen hat. Die Monopolisierung des Seetransports durch wenige Dampfergesellschaften bringt selbstverständlich die Gefahr einer ungemessenen Erhöhung der Frachtsätze und Personentarife mit sich, und so hat sich alles, was Baron oder Menschen exportieren will, gegen die Gefahr einer Ueberspannung der Tarife gewandt. Wie die Weferzeitung nun mitzuteilen hat, soll das Rheberkreuztell im wesentlichen nur eine gegenseitige Abgrenzung der Interessensphären bezwecken, die angeblich für die deutschen Gesellschaften insbesondere dann von Bedeutung werden soll, wenn die amerikanische Subventionssbill Gesezskraft erlangt habe und damit die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Schiffsahrtsgesellschaften bedeutend gesteigert sein werde. Zugleich giebt die Weferzeitung jedoch zu, daß der andere, und zwar der Kernpunkt der Abmachungen in den Vereinbarungen zu suchen ist, die zur Verbesserung der Fracht- und Personentarifen getroffen worden sind. Um diese Seite der Abmachungen dem Publikum genehbar zu machen, citiert die Weferzeitung das Gespenst der amerikanischen Gefahr. Das Rheberkreuztell schreibt, es werde jetzt viel von der Gefahr einer Amerikanisierung unserer großen Dampfergesellschaften gesprochen, die dadurch herbeigeführt werden soll, daß die Aktien dieser Gesellschaften ganz oder zum großen Teile in amerikanischen Besitz übergehen. Die Weferzeitung beruhigt das Publikum, daß diese Möglichkeit ausgeschlossen sei, wenn das Parzell zu stande komme.

Auch eine Sorte von „deutscher Heimatspolitik“! Die deutschen Rheber kreuztellieren sich und plündern das deutsche Publikum aus, um die Gefahr einer Amerikanisierung der Dampfergesellschaften fernzuhalten. Nur machen diese Rheber ihre Heimatspolitik selbst; während für den Schutz der nationalen Arbeit in der Landwirtschaft die deutsche Reichsgewalt in Anspruch genommen werden soll.

Als der eine Doktor, ein hoher Mensch mit schwarzem Schnurbart, mit einer Adernase und einer großen Wange über den rechten Augenbrauen, dem Grigorij befahl, einem Kranken in die Wanne zu helfen, packte Grigorij den Kranken mit solch einem Eifer unter die Arme, daß dieser ächzte und sich vor Schmerz krümmte.

„Du, Lieber, zerbrich ihn nicht, er kommt auch heil in die Wanne hinein,“ sagte der Doktor ernst.

Orlow wurde verwirrt, der Kranke aber, ein hagerer und langer Kerl, lächelte über die Kraft und sagte heiser: „Das ist ihm neu . . . ungewohnt . . .“

Ein anderer Arzt, ein alter Mann mit einem spitzen, grauen Barte und glänzenden, großen Augen, gab den Orlovs, als sie in die Baracke kamen, eine Anweisung, wie man mit den Kranken umgehen muß, was man in diesem oder jenem Falle machen soll, wie man die Kranken beim Tragen anfassen soll; zum Schluß fragte er sie, ob sie gestern in der Badestube gewesen wären, und gab ihnen weiße Schürzen. Dieser Doktor hatte eine weiche Stimme; er sprach rasch; er gefiel dem Ehepaar sehr, aber nach einer halben Stunde hatten sie in dem lebhaften Treiben in der Baracke alle seine Anweisungen vergessen. Um sie herum huschten weißgekleidete Menschen, es ertönten Befehle, die vom Dienstpersonal im Fluge aufgegriffen wurden, es röchelten, ächzten und stöhnten die Kranken, es floß und plätscherte das Wasser, und alle diese Töne schwammen in der Luft, die so dicht mit scharfen, unangenehm die Nase kitzelnden Gerüchen durchdrungen war, daß jedes Wort des Doktors, jeder Zeufzer der Kranken auch einen beißenden Geruch zu haben schien.

Anfangs schien es Orlow, als ob hier das größte Chaos herrsche, in dem man auf keinen Fall seinen Platz

finden könne, und daß er ersticken, taub werden, erkranken müsse . . . Aber es vergingen einige Stunden und Grigorij, erfaßt von dem Wehen der überall ausgebreiteten Energie, hatte sich gefaßt und war durchdrungen von dem starken Verlangen, sich der Sache rascher anzupassen, in dem heftigen Gefühl, daß es ihm ruhiger und leichter sein würde, wenn er sich mit allen anderen zusammen drehe.

„Sublimat her!“ schrie der eine Arzt.

„Heißes Wasser noch in diese Wanne!“ befahl ein kleines, mageres Studentchen mit roten, geschwollenen Augenlidern.

„Sie . . . wie heißen Sie? Orlow . . . ja! Reiben Sie ihm mal die Füße . . . So, so . . . verstehen Sie . . . so-o . . . so-o . . . Nicht so fest — Sie reifen ihm die Haut ab . . . Ach, bin ich müde,“ befahl und unterwies ein anderer Student mit langen Haaren und Pockenarben den Grigorij.

„Man hat noch einen Kranken gebracht!“ meldete man.

„Orlow, gehen Sie, schleppen Sie ihn her!“

Grigorij mühte sich ab — ganz in Schweiß gebadet, betäubt, mit trübem Augen und schwerem Nebel im Kopfe. Zuweilen schwand in ihm das Gefühl des eigenen Seins vollständig unter dem Druck einer Menge von Eindrücken, die er jeden Augenblick durchlebte. Grüne Ringe unter den trübem Augen auf den erdfahlen Gesichtern, Knochen, die vor der Kranktheit spitz geworden zu sein schienen, klebrige, überleuchtende Haut, schreckliche Krämpfe der kaum lebenden Körper — dies alles presste ihm das Herz schmerzlich zusammen und rief in ihm Uebelkeit hervor, die er kaum überwinden konnte.

Einigemal sah er flüchtig seine Frau im Korridor der Baracke. Sie war abgemagert und ihr Gesicht war grau und stumpf. Mit heiserer Stimme gelang es ihm sogar, sie zu fragen:

„Nun, wie geht's?“

Sie lächelte ihm statt aller Antwort schwach zu und verschwand schweigend.

Den Grigorij stach der ihm vollständig ungewohnte Gedanke: vielleicht hast du dein Weib ganz unnütz hier in eine solche widerliche Arbeit hineingesteckt . . . Und als er sie ein andermal traf, rief er ihr streng zu:

„Sieh Dich vor, wasch Dir öfter die Hände . . . nimm Dich in acht!“

„Was giebt's denn sonst?“ fragte sie herausfordernd und zeigte ihre kleinen, weißen Zähne.

Das ärgerte ihn. Sieh da, sie kann noch scherzen, die dumme Gans! Und wie sie gemein sind, diese Weiber! Aber es gelang ihm nicht, ihr etwas zu sagen; Matrena hatte seinen ärgerlichen Blick aufgefangen und war rasch in die Frauenabteilung gegangen.

Er aber trug schon nach einer Minute einen ihm bekannten Polizeibeamten in die Totenkammer. Der Polizeibeamte wiegte sich langsam auf der Tragbahre und starrte mit den gläsernen Augen unter den gekrümmten Lidern hervor den klaren und heißen Himmel an. Grigorij schaute ihn mit stumpfer Furcht im Herzen an: vorgestern hatte er diesen Polizisten noch auf dem Posten gesehen und ihn sogar im Vorübergehen geschimpft — sie hatten unter sich kleine Differenzen. Jetzt aber liegt dieser Mensch da, so ein gesunder Kerl und Bäterich, tot, ganz verstümmelt, gekrümmt von den Krämpfen.

(Fortsetzung folgt.)



Eine angenehme Strafverhütung hat der edle Herr v. Falkenhagen, der wegen Duellmordes zu 6 Jahren Festungshaft verurteilt worden ist. Der Vollzug der Strafe ist ein wenig milder, daß sich sogar gutgefundene bürgerliche Blätter darüber aufhalten. Der hochgeborene Verbrecher hat schon mehrmals Urlaub nach Danzig erhalten und in letzter Woche auch eine größere landwirtschaftliche Verkaufsstelle besucht. Hoffentlich wird der Herr auch bei der nächsten Versammlung der Landwirte im Circus Busch nicht fehlen.

**Aus dem Wahlkreis Rastenburg - Gerdaun - Friedland** verläuft jetzt das amtliche Wahlergebnis. Danach wurden im ganzen 17702 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Rittergutsbesitzer v. Rautler-Kanoten (konservativ) 9716, Gutsbesitzer v. Rautler-Kanoten (frei. Wp.) 4773 und Gutsbesitzer Komrowen (Soz.) 3206 Stimmen; 7 Stimmen waren zerstückelt. v. Rautler ist demnach gewählt.

**Denunzianten.** Eine der traurigsten Erscheinungen, die der Fatalismus in den polnischen Landesteilen gezeitigt hat, ist das Emporkommen des Denunziantentums. Jeder Beamte ist in ständiger Angst, von irgend einem guten Kollegen wegen seiner „polnischen Gesinnung“ angezeigt zu werden, jeder Geistliche, der nicht selbst zu den Germanisatoren zählt, kann täglich wegen „großpolnischer Propaganda“ bei seinen Vorgesetzten angezeigt werden. Es ist traurig — muß aber offen gesagt werden —, daß die Lehrer bei dieser „staatsverräterischen“ Tätigkeit keine unwesentliche Rolle spielen. Das Verhältnis des deutschen Lehrers zu der polnischen Bevölkerung ist fast überall ein schlechtes. Die häufigen Mißhandlungen der Kinder für Unkenntnis der deutschen Sprache, die reichlich gezahlten Gehaltsanteile „für Förderung des Deutschtums“, die Tatsache, daß die deutschen Lehrer sich vielfach in den polnischen Gemeinden auf die Spitze der germanisatorischen Bestrebungen stellen — das alles verschleiert das Verhältnis fortwährend. Es wird aber unmerklich dem Lehrer sich zu dem systematischen Ueberwachungsdiener hergeben, wie es z. B. in Oberschlesien vielfach der Fall ist.

Jetzt sand wieder in Bissa (Posen) ein Beleidigungsprozeß statt, der durch eine gemeine Denunziation des Rostener Lehrers Dedert hervorgerufen war.

In einer vom Rostener Landrat einberufenen Versammlung wurde Gründung einer Filiale des „Roten Kreuzes“ soll der Rostener Schulzins ausgesetzt haben. Die Breschener Lehrer haben unter Aufsicht des Inspektors die Kinder so geprügelt, daß das Blut geflossen ist und die Ärzte die Kinder verbinden mußten.“

Der Lehrer Dedert, ein Herr, für dessen Beleidigung schon zwei polnische Blätter früher mit Geld- bezw. Gefängnisstrafen büßen mußten, hielt es für seine Pflicht, diese im privaten Gespräch angeblich gefallene Äußerung sofort der Behörde zu melden. Selbstverständlich stellten die mutigen Breschener Pädagogen Strafantrag. Vor Gericht bestritt der Pfarrer, die ihm zur Last gelegte Äußerung gebraucht zu haben. Er wurde trotzdem zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus dem interessantesten Plaidoyer des Rechtsanwalts Wolinski seien einige Stellen wiedergegeben: „Soweit sind die Verhältnisse bei uns gekommen — und das ist die Folge der von gewisser Seite gegen die Polen betriebenen Heße und des Schändens des Rassenbasses. Es ist soweit gekommen, daß das Sprichwort: „Wände haben Ohren“, welches für unabhängige Leute nur noch eine geschichtliche Reminiszenz bildete, das nun in den Reihen der grausamsten religiösen oder nationalen Verfolgungen oder in den Ländern der täglichen und ewigen Spitzelerei Sinn haben konnte — daß dieses Sprichwort jetzt auch im preussischen Staat das Bürgerrecht zu erlangen scheint. ... Wenn schon private Gesellschaften nicht mehr von der Spitzelerei frei sein werden, so werden bei uns Zustände eintreten, die für alle — ohne Unterschied der Religion und der Nationalität — unerträglich sein werden.“

Und der Rechtsanwalt schloß: „Ich möchte heute lieber in der Rolle des verurteilten Probiß Surzynski sein, als in der Haut des Denunzianten Dedert!“

Ein erbärmliches Regierungssystem, das solche Blößen hervorruft!

**Posen, 24. März.** Erfreulichen Aufschwung nimmt hier die Bewegung seit einigen Wochen. Es ist dem Gewerkschaftsleiter gelungen, endlich einen großen schönen Saal für längere Zeit sich zu eigen zu machen, und das hat der Bewegung den nötigen Ansporn gegeben. Wöchentlich jeden Abend findet eine gewerkschaftliche oder politische Versammlung statt. Einige Branchen werden erst jetzt organisiert oder wenigstens neuorganisiert, wie die Bäcker, bei denen die Sache, angesichts der verwaorsten Zustände, in denen die Gefellen seit längerer Zeit leben, naturgemäß schwer von staten geht.

Für politische Versammlungen herrscht in der Posener Arbeitererschaft so lebhaftes Interesse, daß neulich aus Anlaß der Auseinandersetzungen mit den nationalpolnischen Sozialisten (Gruppe der Gazeta Robotnicza), die in Posen ihr Glück verbinden wollten, in einer Woche drei Versammlungen hintereinander stattgefunden haben, wobei der Saal jeden Abend ungezeichnet gefüllt war.

Nun ist natürlich in bürgerlich-polnischen Kreisen die Bewegung und die Unruhe groß. Die polnische Presse, die ohne Unterschied der politischen Schattierung (in Posen gibt es hauptsächlich keine Richtungen, sondern bloß Schattierungen auf dem gemeinsamen lieblichen Fond des Merkmal-nationalen Konfessionsalismus) seit jeher behauptete: bei der polnischen Arbeitererschaft könnte die „fremde“ Lehre des Sozialismus niemals Eingang finden, macht gegenüber der frühlich-frischen Verleugnung ihres Veredes durch faustdicke Thatfachen ein ziemlich dummes Gesicht.

Nun rühren sich aber die Herren und wollen uns eine gefährliche Konkurrenz machen! Seit einigen Tagen schießen neue „Arbeitervereine“ wie Pilze aus der Erde. Eben erst ist einerseits ein „Christlicher Gewerksverein“ gegründet worden, eine halbe Woche später trat ein „Polnischer Arbeiterverein“ ins Leben. Die Gründer sind dort Pfaffen, hier Kleinbürger, die von der Arbeiterfrage im höchsten Sinne keine blasse Ahnung haben und in ihren „Inauguralreden“ das ungläublichste Zeug vom Himmel herunterschwaben. Die naiven Seelen glauben, daß sie uns mit ihrer Schmutzkonkurrenz sicherlich ärgern und in Verlegenheit versetzen. Thatsächlich reiben wir uns nur die Hände und lachen in den Bart. Die Deutschen ahnen nämlich gar nicht, daß sie für uns bloß die Vorarbeit verrichten. Und zwar — den schwierigsten Teil! Wo wir vorläufig keinen Eingang finden, in den obskursten Kreisen der polnischen Arbeitererschaft, da tragen die „christlichen“ und „polnischen“ Apostel wenigstens in ihrer konfusem Form den Keim einer Organisation hinein. Dann nur wenige Erfahrungen, und der Rest ist — unsere Ernte. In Posen, wie überall, ist

nur das politische Stillleben, die absolute Ruhe und Gebantenlosigkeit unser Feind. Sobald ein Leben da ist, sobald sich die Geister nur regen, und mag es in beliebigen Formen sein, da sind wir am Ende stets die lachenden Erben.

(\*) **Stuttgart, 21. März.** Der hiesige Gemeinderat führte heute wieder eine größere Debatte über die Arbeitslosigkeit. Ein Antrag des Genossen Dietrich, eine ständige Kommission einzusetzen, welche über die Art der periodischen Wiederholung von gründlichen Arbeitslosenräumungen, über die Vereinhaltung von Volkswirtschaften in breiteren als dem bisherigen Umfang und über sonstige zur Steuerung der Arbeitslosennot einzuschlagende Wege beraten soll, wurde fast einstimmig angenommen. In die folgende gewählte 7 Mitglieder starke Kommission wurden von unserer Seite Sperla und Dietrich gewählt. In der Debatte stellte auch die Frage eine Rolle, ob die Gemeinderäte bei der geltenden Rechtslage befugt seien, unter Umgehung der Armenverwaltung an Arbeitslose Geldunterstützung zu gewähren. Oberbürgermeister Gauß und Stadtrat Dr. Reith vertraten den Standpunkt, daß Geldunterstützung nur seitens der Armenverwaltung gewährt werden dürfe. Von unseren Vertretern wurde dieser Anschauung widersprochen und der Zustand scharf kritisiert, daß zahlreiche von der wirtschaftlichen Krise aus schwerste bedrohte Arbeiter deshalb das entehrende Obium der Wahlrechtsentziehung auf sich nehmen sollten, weil sie zur Stillung ihres und ihrer Familie Hunger sich um Armenunterstützung bewerben müssen. Der zweite Bürgermeister Stoßmayer vertrat die Ansicht, daß diesem mißlichen Verhältnis die Arbeitslosen nur durch eine Gesetzesänderung entzogen werden könnten. Es ließe also höchstens eine diesbezügliche Petition an den Reichstag übrig. Dr. Bauer, der zwar keiner Partei angehört, aber von den Parteien der Rechten aus Rathhaus gewählt wurde, schloß auf Grund seiner eigenen Beobachtungen als Arzt das himmelstreichende Gerede, das in den Familien vieler Arbeitslosen anzutreffen ist. In einem Beschluß in dieser Sache kam man nicht; man begnügte sich zunächst mit der Einsetzung der permanenten Kommission.

**Neue politische Nachrichten.** In Binda (Sennegau) wurde gegen das Haus des katholischen Deputierten Verdalg ein Dynamitanschlag ausgeführt. Zwei Patronen explodierten und verursachten großen Materialschaden. Personen kamen nicht zu Schaden. In der Nachbarschaft wurden viele Fenster Scheiben zertrümmert. — Der Gemeinderat von Paris nahm einen Antrag an, welcher das Votum der Kammer, betreffend die Verlängerung der Abgeordnetenmandate um zwei Jahre, nicht billigt. — In London ist der Wortlaut der englisch-persischen Konvention veröffentlicht worden. Daran verpflichtet sich Persien, unter britischer Oberaufsicht eine dreifache Telegraphenlinie von Kaschan über Jedd und Serman nach der Grenze von Belutschistan zu bauen. Hierdurch wird ein neuer Weg für den Durchgangsverkehr von Indien nach Europa geschaffen.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Erzminister Tisza gestorben am 23. März.** Wieder eine der älteren „Größen“ der Diplomatenwelt ist heimgegangen. Koloman Tisza lenkte die offiziellen Geschäfte Ungarns als Ministerpräsident von 1875 bis 1890. Der Gründer der „liberalen“ Partei Ungarns hatte zweifellos etwas von der Geschäftlichkeit des jetzigen Herrn Waldeck-Roussieu in Frankreich, die es ihm ermöglichte, auf allen Gegenständen der sozialen und nationalen Interessen längelnd und durch alle Widersprüche der „liberalen“ Staatskunst hindurchzuschliffen, fünfzehn Jahre lang das Steuer zu halten. Namentlich durch rückwärtslose Magyarisierungspolitik hatte er sich die Bewunderung der ungarischen Bourgeoisie erworben. 1885 brachte er den Entwurf der Verlängerung der Mandatsdauer der Reichstagsabgeordneten von 8 auf 5 Jahre ein mit der ausdrücklichen Absicht, der Opposition einen Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Er selbst stolperte 1890 über die „Scolastiknovelle“, d. h. das Heilmittelgesetz.

**Frankreich.**

(\*) **Paris, 21. März.** Die Entrüstung der Presse gegen das Ueberrumpelungsbotum betreffs der Verlängerung der Legislatur auf 6 Jahre hat gewirkt. Einige zwanzig Deputierte haben in der gestrigen Kammer Sitzung ihr Votum „berichtigt“, d. h. ehrlich gesprochen, abgeändert. Damit hat sich die „offiziell“ proklamierte Mehrheit von 61 Stimmen bezw. die amtlich berichtigte Mehrheit von 22 Stimmen in eine Minderheit von drei Stimmen verwandelt. Indes offiziell, geschäftsordnungsmäßig gilt nach wie vor das reaktionäre Altentat als rechtmäßig votiert! ... Was nun jedoch sein, daß der Senat unter solchen Umständen davor zurückgeht, das Kammerbotum zu bestätigen. Man denke: selbst Mollins' Leibblatt protestiert gegen die 6jährige Legislatur, falls die Kammer nicht zur Hälfte in drei Jahre erneuert würde!

Verächtlich sei mitgeteilt, daß zwei ministerielle Sozialisten, Legitimist und Radikale, für die 6 Jahre votiert haben. (Wieder ein schöner Triumph für den „dogmenfreien Sozialismus“ und die Politik der „freien Hand“! D. Red.)

**Belgien.**

**Für das allgemeine Stimmrecht. — Das Verbot der Spielhäuser.** **Brüssel, 23. März.** Amlich wird berichtet: Heute nachmittag fand hier eine Kundgebung für das allgemeine Stimmrecht und das proportionale Wahlsystem statt. Der Zug, an dem sich etwa 300 sozialistische, liberale und christlich-demokratische Vereine sowie viele liberale und sozialistische Deputierte beteiligten, durchschritt die Hauptstraßen der Stadt und machte dann vor dem Stadthause Halt. Eine Abordnung überreichte hier dem Bürgermeister die Not eine Petition und bat ihn, sie dem Parlamente zu übergeben. Der Bürgermeister erklärte, er werde die Petition um so lieber überreichen, als die Kundgebung ruhig und würdig verlaufen sei und bat die Abgesandten, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Ruhe und Ordnung nicht gestört werde.

Ein Privattelegramm des Berliner Tageblatts spricht von mehr als 50 000 Demonstranten, welche vom Nordbahnhof aus durch die Hauptstraßen am Rathhaus vorbei nach dem am Südbahnhof gelegenen Jamarplatz defilierten, wo die Führer der verschiedenen Parteien zündende Ansprachen an das Volk hielten. Die Ordnung war musterhaft, die Teilnahme aller Schichten der Bevölkerung ist eine riesige, die roten Fahnen der Sozialisten flatterten einträchtig neben dem Blau der Liberalen und dem Grün der christlichen Demokraten und der nationalen Trikolore. Alle Redner betonten die Notwendigkeit eines festen Zusammenhaltens der Opposition und sprachen die Erwartung aus, daß die nächsten Wahlen die „Regierung der Lüge“, wie Vandervelde sie nannte, wegsetzen und dem „ehrliehen Belgien“ zur Herrschaft verhelfen würde.

Die Kammer der Repräsentanten nahm mit 93 gegen 7 Stimmen, bei 10 Stimmenthaltungen, den Gesetzentwurf

über die Spielhäuser im ganzen, mit dem Amendement des Senats, an. Der Gesetzentwurf spricht endgültig das Verbot aller Spielveranstaltungen in Belgien aus und erstreckt sich auch auf Ostende und Spa.

**Niederlande.**

**Seelenverkäuferei in der Kammer.**

In der niederländischen Kammer interpellierte der Sozialdemokrat Schaper die Regierung über die in der Schweiz arretierten Werber für das niederländisch-indische Meer. Er fragte an, ob die Regierung mit diesen Individuen in Verbindung stehe. Die Regierung bestritt dies. Dann enthielt Schaper die ganze Niederträchtigkeit dieser Seelenverkäuferei, die von Hoteliers und anderen „Wirten“ in Harderwijk, deren Anmeldebüro, organisierte Werbung. Diese Leute locken fremde, leichtsinnige Burden unter allerhand schönen Vorspiegelungen an sich und entleiden sie in ihren Wirtschaften ihres Handgeldes. Als Schaper in Harderwijk persönlich eine Untersuchung veranstaltete, fand er in einer der Wirtschaften zwei deutsche Chinakämpfer, welche auf ihre Einschiffung warteten.

Die Regierung behauptete nochmals entschieden, sie hätte nichts mit der Sache zu thun.

**Italien.**

**Frauen- und Kinderarbeit.**

**Rom, 23. März.** Die Deputiertenkammer nahm mit 186 gegen 50 Stimmen den Gesetzentwurf zur Regelung der Frauen- und Kinderarbeit an und verlegte sich dann bis zum 15. Mai.

**Schweden.**

**Das Wahlrechtsfiasko der Regierung.**

ok- Als der Reichstag im vorigen Jahre die Vorlage über die neue Steuerordnung, gemacht und damit dem Volke erheblich größere Lasten auferlegte, geschah das nur unter der Voraussetzung, daß in diesem Jahre eine Erweiterung der Wahlrechte, eine gründliche Reform des Wahlrechts stattfinden würde, und man vertraute auf das unzweifelhaftige Versprechen der Regierung, noch innerhalb dieser Legislaturperiode einen dementsprechenden Entwurf einzubringen. Nun, da dieser Entwurf endlich vorliegt, hat er allseitig Enttäuschung hervorgerufen und zwar in dem Maße, daß zum Beispiel ein liberales Blatt wie Altonabladet ihn schlechthin als das königliche Wahlrechtsfiasko bezeichnet. Die Liberalen im schwedischen Reichstag hatten keine besonders hohen Forderungen gestellt, sie verlangten nicht einmal das allgemeine Wahlrecht und hätten sich zufrieden gegeben, wenn das politische Wahlrecht nur auf alle Kommunalwahlberechtigten ausgedehnt worden wäre, das heißt, wenn der Besitz von 800 Kr. Einkommen auf 700 bezw. 500 Kr. herabgesetzt worden wäre. In ihrer Weise ist ja die Regierung diesem Wunsche nachgekommen, aber sie hat das hiermit Zugestandene durch eine Reihe von Einschränkungen zu einem so großen Teil wieder aufgehoben, daß von einer ernsthaften Reform gar nicht mehr die Rede sein kann. Niemand, der dem Staate oder der Gemeinde in den zwei Jahren vor dem Jahre, in dem die Wahl stattfindet, Steuern schuldig geblieben ist, ist wahlberechtigt. Ebenso verliert derjenige sein Wahlrecht, der während dieser Zeit, sofern er wehrpflichtig ist, seine Waffenzüge nicht mitgemacht hat. Ferner sollen die Weite, die verheiratet sind, oder das 40. Lebensjahr überschritten haben, zwei Stimmen abgeben und schließlich hat man noch durch eine komplizierte Wahlkreiseinteilung dafür gesorgt, daß die Arbeiter in den großen Industriezentren nicht etwa eine zu große Zahl entschiedener Vertreter ihrer Interessen in den Reichstag bringen. Auch die Wähler sollen, wie sie vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen sind, kein politisches Wahlrecht erhalten, bis, wie die Regierung in der sehr langen, aber nichtsagenden Motivierung ihres Entwurfs ausführte, sie das kommunale Wahlrecht erhalten. — Der Entwurf hat denn auch in beiden Kammern eine sehr schlechte Aufnahme gefunden. Niemand war damit zufrieden und nur die Regierungsvertreter, der Justizminister Hammarskjöld und der Staatsminister v. Otter suchten die Mißgeburt zu verteidigen. Der Entwurf wurde schließlich dem Konstitutionsausschuß des Reichstags überwiesen. — Für die Stimmung, die innerhalb der Klassenbewußten Arbeiterschaft herrscht, ist folgende Äußerung der Göteborger Ny Tid bezeichnend: „Es herrscht unter den Arbeitern unseres Landes nur eine Meinung über den Wahlrechtsentwurf der Regierung. Er ist ein schamloser Faustschlag ins Angesicht des schwedischen Volkes. Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll über diese jämmerliche Politik, die anscheinend das Land in bewußter Weise ins Verderben führen will. Nun muß die Geduld bald ein Ende nehmen, und es muß versucht werden, ob nicht die schwedische Arbeiterklasse stark genug ist, die Dämme der Reaktion zu durchbrechen und das Land zu retten, in welchem eine kleine Minderheit die Reichskammer zusammenscharrt, während dem Volke nur Armut übrig bleibt.“

**Rußland.**

**Der Staatsverbrecher Gorki.**

**Petersburg, 23. März.** Der Regierungsbote meldet, daß die Wahl Maxim Gorkis zum Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften ungültig erklärt werde. Gorki sei gemäß § 1035 der Kriminalprozessordnung zur Untersuchung gezogen worden. Der Paragraph betrifft verbrecherische Absichten, die Angelegen eines Staatsverbrechens tragen.

Es freut uns, diese für den berühmten jungen Romancier des Barenreichs so ehrenvolle Nachricht unseren Lesern gerade jetzt mitteilen zu können, wo wir ihnen in unserem Feuilleton eine Probe der „staatsverbrecherischen“ Absichten Gorkis geben, für die er von der Barenregierung als der Mitgliedschaft an der Akademie der Wissenschaften unwürdig erklärt wird.

Es ist thatsächlich ein „Staatsverbrechen“, im Staate des Absolutismus und des Kadavergehorsams, die aufreizenden Bilder denkender, rätsonnierender, gärender, in ihrem Innersten revolutionärer Typen aus dem russischen Volkstum mit solch „aufreizender“ Plastik, in so „unbotmäßigen“, revolutionären Farben zu malen. Wahrscheinlich, Gorki hat sich durch sein „Gepaar Mlow“ und die vielen anderen Menschentypen, die er im Reiche der Kadaver zu entdecken und zu schildern wagte, an den jetzigen Revoluten in Mlow, in Petersburg, in Moskau nicht wenig schuldig gemacht. Er hat künstlerisch „gesagt das, was ist“, und damit eine verwerfliche revolutionäre That begangen. Denn das, „was ist“ heute in Rußland, das ist — allgemeiner Aufbruch der Volksmassen. Die ehrenvolle Maßregelung Gorkis ist eine kleine Randglosse dazu.

(Fortsetzung in der Beilage.)

**Hierzu eine Beilage.**







(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Rußland.

Ein Arbeiterkrawall im russischen Petrofengebiet. 23. März. Die amtliche Zeitung Nowosla schreibt...

Sina.

Der Krawall macht Fortschritte. 22. März. Aus Kwangsi wird gemeldet, die Stadt Kantschau in Kwanglung sei von den Russländern erobert worden.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 22. März.

66. Sitzung der Zweiten Kammer.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über den viergleisigen Ausbau der Eisenbahnstrecke Pirna-Dresden...

Der Abg. Spieß ergeht sich in längeren Ausführungen über vorläufige Anlegung einiger Fahrstraßen, die durch den Bau verlegt werden müssen.

Abg. Knobloch: In dem Bericht sei darauf hingewiesen, daß man die zu diesem Bau nötigen Vorkosten werde entlegen müssen. Er erlaube die Regierung jedoch, es erst mit dem freihändigen Ankauf zu versuchen...

Abg. Dr. Schill: Es sei in diesem Landtage schon zweimal vorgekommen, daß die Erste Kammer Anlegungen zurückgegeben hat. Das sei unerwünscht. Jedenfalls aber werde dadurch die Frage angetastet, ob nicht die Zweite Kammer mehr darauf sehen sollte, ob nicht Abstriche erfolgen könnten...

Gehelmar Dr. Ritterstädt bemerkt gegen den Abg. Knobloch, daß man natürlich versuchen werde, Land im freihändigen Ankauf zu erwerben, wenn man solches zu angemessenen Preisen bekommen könnte.

Kleine Chronik.

Leipzig, 24. März.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Dienstag Subermans Drama Es lebe das Leben wiederholt.

Der Mittwoch bringt im Neuen Theater die Oper Der Trompeter von Säckingen, im Alten Theater als 17. volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen Katharina Howard von Rudolf von Gottschalk.

Von Donnerstag bis mit Sonnabend bleiben beide Stadttheater geschlossen.

Für die beiden Osterfeiertage ist das Repertoire wie folgt entworfen: Am 1. Feiertag wird im Neuen Theater Mignon, im Alten Theater Alt-Heidelberg und im Carolatheater Die Fledermaus gegeben.

Am 2. Feiertag gelangt im Neuen Theater die Oper Die Weiserfinger von Nürnberg, im Alten Theater Es lebe das Leben und im Carolatheater Das Rädel zur Aufführung.

Neues Theater. Die rote Robe von Eugène Brieux. Gastspiel der Frau Hedwig Nemann-Raabe. Man dürfte gespannt darauf sein, in welcher Weise sich eine Künstlerin vom Range der Frau Nemann-Raabe mit der Aufgabe abfinden werde...

Wir waren darauf gefaßt, daß die Panetta des beliebtesten Gastes nur den Wert eines interessanten Experiments haben würde. Diese Erwartung ist denn auch in Erfüllung gegangen...

ja bei den weiteren Raten für diesen Bau in Anrechnung bringen. Das sei jedenfalls zulässig. Wenn man Abstriche vornehme, könnte man leicht zu Ueberschreitungen kommen.

Abg. Dr. Schill: Er müsse auf seinem Standpunkt stehen bleiben. Zu einem Verfahren, wie es die Deputation vorschlägt, fehle es an einer gesetzlichen Grundlage.

Abg. Pöhl: In der Finanzdeputation A habe man ähnliche Erwägungen angestellt, man habe aber, um die Angelegenheit nicht zu verzögern, vorgezogen, in der vorgeschlagenen Weise zu verfahren.

Abg. Mey beantragt, den Bericht an die Finanzdeputation zurückzuverweisen. Die Kammer beschließt einstimmig demgemäß.

Nächste Sitzung: Mittwoch den 2. April mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Petitionen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Ueber die Bestrebungen zur Reform des sächsischen Klassenwahlrechts leitarbeiten die Dresdener Nachrichten. Den Anlaß dazu haben dem Blatte mehrere Petitionen im Hinblick auf die Erweiterung der Stimmrechte gegeben.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Petition, so schreiben die Dresdener Nachrichten, äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

sind ganz gewiß nicht die geringsten Sympathien bewahrend, das heutige Geldwahlrecht im Sinne Klassenbewußter Arbeiter abzuändern. Das wissen auch die Arbeiter nur zu gut, und es fällt ihnen deshalb auch gar nicht ein, sich auf die Gnade der Mehrert und Genossen zu verlassen...

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.

Als die Hauptsache bei der ganzen, auf die Abänderung des Wahlrechts gerichteten Frage betrachten es die Dresdener Nachrichten, welchen Standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, daß die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer der städtischen Bevölkerung zugeteilt ist, deren Zahl und Steuerleistung nicht mehr ganz entspricht.



Gesellschaft, die solche Zumutungen stellt, und weise dem Beamten, der gegen diese Pseudo-Moral verstößt und eine nicht befähigt funktionierende politische Gesinnung beibehält — er wird ohne Gnade gemahnt, wie das vor gar nicht langer Zeit in derselben Berufsgeossenschaft passierte ist. Durch ein solches Verfahren werden aber nur Heuschler gezüchtelt.

Gegen den journalistischen Zeugnisszwang hat, wie wir seiner Zeit mitteilten, der Verein Dresdener Presse eine Petition an den Reichstag gerichtet. Die Petition, der sich auch der Verein Leipziger Presse angeschlossen hat, ersucht den Reichstag, für baldige Abschaffung des journalistischen Zeugnisszwanges einzutreten zu wollen. In der weiteren Kreise interessierender Begründung der Petition wird folgendes ausgeführt:

Der § 52 der Strafprozeßordnung bestimmt zu Gunsten einer Reihe von Personen, insbesondere der Berufsstände der Geistlichen, Rechtsanwälte und Ärzte, eine Ausnahme von dem allgemeinen Zeugnisszwang. Das gesetzgeberische Motiv dieser Bestimmung ist klar: es soll allen denen, die sich in erster Lebenslage an einen Angehörigen dieser Berufsstände, Trost, Rat und Hilfe stehend, wenden, die Ueberzeugung gegeben werden, daß ihre Vertrauen ihnen nicht zum Verhängnis werden könne, es sollen andererseits aber auch die Angehörigen dieser Stände nicht in die Zwangslage verwickelt werden, an denen, die ihnen vertrauensvoll ihr Herz öffnen, zum Verräter zu werden. Auch der Redakteur einer periodischen Druckschrift, ihr Drucker, ihr Verleger gehören nach allgemein verbreiteter Anschauung zu diesen Personen öffentlichen Vertrauens. Auch ihnen werden häufig in Ausübung ihres Berufs Mitteilungen gemacht, deren Geheimhaltung von ihnen ebenso als Berufs- und Ehrenpflicht betrachtet wird, wie von den Angehörigen der oben genannten Berufsstände. Aber bei ihnen verfehlt der gesetzliche Schutz. Gegen sie findet vielmehr in vollem Umfange das Zeugnisszwangsverfahren der Strafprozeßordnung statt. Gerade für den Redakteur, Drucker, Verleger wäre der angeregte gesetzliche Schutz vor Erzwingung des Zeugnisses um so eher zu rechtfertigen, als nach § 20 Absatz 2 des Reichspressgesetzes der verantwortliche Redakteur, in weiterer Linie auch der Verleger und der Drucker, für den Inhalt der Druckschrift haften, in den meisten Fällen also der Journalist, der das ihm anvertraute Geheimnis der Autorschaft treulich bewahrt, ohnehin mit Strafe bedroht ist. Das Volksbewußtsein wie die Anschauung der Ständegeossenschaften fordert von dem Journalisten die strengste Wahrung des Redaktionsgeheimnisses; sein Verstoß gilt als Verletzung eigener Berufs- und Standespflicht. Das Widerstreben gegen eine staatliche Anforderung zur Zeugnissabgabe wird damit zum Kennzeichen ehrenhafter Gesinnung; im Konflikt der Pflichten wird der Journalist, wie Beispiele der jüngsten Zeit belegen, häufig genug zum Märtyrer seiner Berufsehre. Der Staat soll aber keine Märtyrer schaffen und nicht den Ehrenhaften in einen schweren Konflikt der Pflichten drängen. Seit Jahrzehnten haben daher weite Kreise unseres Volkes Einspruch erhoben, gegen den journalistischen Zeugnisszwang. Juristen- wie Schriftstellerkreise haben sich gegen ihn ausgesprochen. Unlängst erst hat die bayerische Kammer der Abgeordneten eine dahingehende Petition der Staatsregierung einstimmig zur Würdigung empfohlen. Der ehrenlichste unterzeichnete Verein richtet daher an den hohen Reichstag die ergebenste Bitte, auch jenerseits die Wichtigkeit der angeregten Ergänzung des § 52 der Strafprozeßordnung für die Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Presse würdigen und in dem Sinne dieser Petition zu der Frage Stellung nehmen zu wollen.

oo. **Mitau i. B., 23. März.** Nicht nur Gesetz und Rechte, auch Steuern erben sich wie eine ewige Krankheit fort. So giebt es hier noch zwei Steuern, „Hausgeld“ und „Walburgs-zins“, über deren Herkommen und Zweck recht wenig bekannt ist. Man erzählt, die Abgaben seien früher dafür gezahlt worden, daß die Hausbesitzer ihren Bedarf an Lehm aus einer der Stadt gehörigen Lehmanne unentgeltlich hätten entnehmen können, andere wollen wissen, die Steuer sei für den Schutz, den die Hausbesitzer früher durch die Ritter auf dem Kaiser-schloß genossen haben, aufgelegt worden. Doch läßt sich etwas Bestimmtes nicht feststellen. Die Steuern wurden bis zum Jahre 1876 in das Grundbuch als Reallasten eingetragen. Die später errichteten Gebäude wurden davon befreit, so daß also die Steuer, die heute noch erhoben wird, nur von einem Teil und zwar den ärmsten der Hausbesitzer, zu bezahlen ist. Wiederholte Eingaben der Betroffenen um Aufhebung der „Zinsen“, da diese nach Einführung der allgemeinen städtischen Einkommen- und Grundsteuer eine unzulässige Doppelbesteuerung eines Teils der Grundstücksbesitzer darstellen, waren vergeblich. Die Begründung einer Entscheidung der Amtshauptmannschaft Plauen rief eine solche Aufregung hervor, daß man sich weigerte, die Steuer weiter zu bezahlen. Gegen einige der Widerspänstigen wurden Haftungsbeehle erlassen, gegen einen Klage vor dem Amtsgericht. Der Beklagte wendete ein, daß zur Beitreibung der Rückstände nicht die Justiz, sondern die Verwaltungsbehörden zuständig seien, doch kam, ohne eine nähere Urteilsausfertigung erhalten zu haben, der — Auspänder, um die Forderung zu holen. Eine hiergegen bei der Kreis-hauptmannschaft Zwickau eingelegte Beschwerde war ohne Erfolg. Der Betroffene wendete sich nun an den Landtag und ersucht, festzustellen, daß nicht die Justiz, sondern die Verwaltungsbehörden zur Beitreibung der Steuern zuständig seien, und daß wegen Aufhebung der „Zinsen“, die eine unzulässige Doppelbesteuerung darstellen, das Nötige in die Wege geleitet werden möchte. Die Petitionsdeputation der Zweiten Kammer beschloß aber, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen. Das Plenum wird kaum anders entscheiden. Und so wird die Steuer weiter erhoben werden.

**Baugen, 23. März.** In Margarethenhütte sollte kürzlich Gemeinderatswahl sein. Das erfuhren die Einwohner aber erst am selben Tag durch einen Boten, den der Gemeindevorstand herumschickte. Durch den Boten erfuhren die Wähler, daß — am Abend desselben Tages Gemeinderatswahl sei. Ein solches Verfahren ist nicht statthaft.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Seit Wochen wurden Stadt und Umgebung von Elsterwerda ununterbrochen beunruhigt durch nächtliche Schandensfeuer, bei denen ohne Zweifel böswillige Brandstiftung vorlag. So brannten in einer Nacht einmal an drei verschiedenen Stellen acht Scheunen nieder, während an einer vierten Stelle der Versuch der Brandlegung vereitelt worden war. Weitere fünf Scheunen brannten in kurzen Pausen nacheinander ab, bei einer sechsten wurde das Feuer mit Mühe gelöscht, tags darauf aber brannte ein Eiskeller nieder. Was zur Verhinderung weiterer Brandlegung getan werden konnte, geschah, trotzdem brannte es in der Nacht vom 20. zum 21. März wieder an mehreren, noch dazu sehr feuergefährlichen Stellen, im alten Stadtel an der Kirche. Das Feuer wurde glücklicherweise allenthalben rechtzeitig unterdrückt, diesmal aber gelang der längst ersehnte Jang, der Brandstifter wurde gefangen bei früherer That in der Person des Stadtpolizisten. Der Mann, der erst kurze Zeit im Dienst ist, ist verheiratet und Vater dreier Kinder. — In Zittau verübte der Fahrgelassener an der sächsischen Staatsbahn, Louis Lippmann, Selbstmord. Er hatte am Mittwoch eine Revision seiner Kasse zu gewärtigen, der er sich jedoch entzog, indem er sich in die Futten der Reize stürzte. Seine Leiche ist noch nicht geborgen. Ob und inwiefern

Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung vorgekommen sind, dürfte die Untersuchung ergeben. — In Zwickau wurde ein neun-jähriges Mädchen im Stadtel Marienthal beim Ueberschreiten der Gasse der elektrischen Bahn von einem elektrischen Bahnwagen erfasst und überfahren. Infolge der schweren Verletzungen trat der Tod sofort ein. — Aus Chemnitz wird gemeldet: Im benachbarten Hohenstein-Ernstthal wurde Sonnabend abend gegen 7 Uhr von einem Mädchen auf der Polizeiwache der Schumann-Weier, in einer Blutlache liegend, mit einer schweren Schlagwunde am Hinterkopf und einem Stich über dem linken Auge aufgefunden. Weier, der kurz vorher von einem Patrouillengang zurückgeführt war, ist aufscheinend von einem Unbekannten auf der Wache überfallen worden.

**Aus dem II. sächsischen Reichstagswahlkreise.**

**Burg, 23. März.**  
r. Die Stadtverordneten beschäftigten sich wegen der Errichtung der höheren Mädchenschule mit der Aenderung der Ortsschulordnung. Das Schulgeld für die höhere Mädchenschule beträgt danach für die zwei unteren Klassen 80 Mk., für die zwei folgenden 48 Mk., für die zwei weiteren folgenden 72 Mk. und für die zwei obersten Klassen 84 Mk. pro Jahr. Nicht im Schulbezirk Wohnende haben einen Zuschlag von 36 Mk. zu bezahlen. Für die Mädchen der Volksschullehrer, welche diese Schule besuchen wollen, tritt eine Ermäßigung des Schulgeldes um 24 Mk. ein. Dem Stadtverordneten und Schuldirektor Pöhlitz bewilligte man für die Leitung noch 500 Mk. Die an der Töchterchule beschäftigten Lehrerinnen wurden angestellt für die höhere Mädchenschule und ihre Gehälter bewilligt. Die Töchterchule ist auf zwei Jahre gemietet worden und ist jährlich 2400 Mk. Miete zu entrichten.

r. Eine öffentliche Volksversammlung wird sich am Dienstag abend 7/8 Uhr in Stadt Wien mit dem Vorstand der hiesigen Schuhmacher beschäftigten. Das Referat wird Genosse Simon aus Nürnberg halten. Die Arbeiterchaft Burgens wird ganz besonders auf diese Versammlung aufmerksam gemacht und gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

**Dösch, 23. März.**  
Volksversammlungen. In Mügeln und hier fanden heute je eine größere, von der Partei einberufene Versammlung statt, in der Redakteur Jaack aus Leipzig über die wirtschaftspolitische Lage referierte. In der Versammlung in Mügeln, die sehr zahlreich, besonders auch von ländlicher Bevölkerung, besucht war, entwarf der Redner ein Bild der wirtschaftlichen Lage der verschiedenen Bevölkerungsschichten und der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Kämpfe im Reichstag und schloß mit einem warmen Appell an die Zuhörer, zu den Reichstagswahlen durch Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels eine Aenderung der Regierungspolitik in Deutschland zu erzwingen. Der Vorliegende schloß die Versammlung, die einen sehr guten Verlauf genommen hatte, mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie. — Auch in Dösch, wo Genosse Jaack abends sprach, war die Versammlung sehr gut besucht. Der Referent suchte sein schweres Thema, die amerikanische Gefahr, in möglichst populärer Weise zu behandeln und erzielte lebhaften Beifall. In der Diskussion wurde insbesondere auf den Schuhmacherausstand hingewiesen und die Verhältnisse in der Firma Runge einer scharfen Kritik unterzogen. Auch diese Versammlung nahm einen sehr günstigen Verlauf.

**Altenburg, 23. März.** Wie die Volkszeitung erfährt, wird die vom Landtag bereits im Vorjahre bewilligte Assistentin des Gewerbeinspektors am 1. April in Funktion treten. Eine von der preussischen Gewerbeinspektion empfohlene Dame soll auf diese Stelle berufen werden.

**g. Halle a. S., 22. März.** Auf dem Gebiete der Vereins- und Versammlungsfreiheit — wenn man überhaupt von einer solchen reden darf — bestehen jetzt ganz unerträgliche Zustände, die den bekannten Ausspruch des Grafen Potosdowsky: „Deutschland ist der Staat mit den vollendeten Rechtsgarantien“ recht lächerlich illustrieren. Wir berichten wiederholt über Auflösungen von Versammlungen des Gewerkschaftsartells. Die erste Auflösung wurde damit begründet, daß Frauen an den Sitzungen teilnehmen, obwohl dieser Zustand seit Jahr und Tag von den überwachenden Beamten unbeanstandet geduldet worden. Dann wurden sogar zwei öffentliche Versammlungen aufgelöst, weil Frauen teilnahmen, und gestern abend erfolgte die vierte Auflösung, obwohl keine Frauen daran teilnahmen. Der Ueberwachende erklärte zunächst unter allgemeiner Heiterkeit, dann aber unter Entrüstung der Versammlung: „Die Versammlung ist keine öffentliche, sondern eine geschlossene und zwei Versammlungen können nicht auf einmal abgehalten werden.“ Selbstverständlich ist dagegen Beschwerde geführt und zum Montag und Dienstag sind 24 Versammlungen einberufen, um der Polizei zu beweisen, daß noch mehr wie zwei Versammlungen an einem Tage stattfinden können.

Recht stürmisch verlief gestern abgehaltene, von etwa 800 Personen besuchte Mitgliederversammlung des Allgemeinen Konsumvereins. In jenem Verein dominierten früher die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsartells, die sich jetzt, nachdem unsere Partei in dem Verein die Oberhand bekommen hat, bei der Statutenänderung jeder fortschrittlichen Entwicklung entgegenstemmen. Die Hirsch-Dunderschen hatten den vorderen Teil des Saales besetzt, und die Versammlung gestaltete sich so tumultuarisch, daß sie vom Vorsitzenden geschlossen werden mußte.

**h. Gera, 24. März.** Es hat sich der allgemeinen Kenntnis bis jetzt entzogen, daß das Medium Anna R o t h e seine spiritistische Laufbahn in Gera begonnen hat. Wie ermittelt wurde, war die Rothe in den 80er Jahren hier mit einem Restaurateur verheiratet. Da sie indes mit den Gästen intim verkehrte, trennte sich die Ehe. Die Rothe wurde darauf mit einer aus Böhmen zugezogenen Frau jetzt verheirateten Pampel bekannt, die sich als eine Sendbotin des hl. Nepomuk und eines Dr. Willibald ausgab und sie mit dem Schwindel vertraut machte, von dem sich auch in Gera und Umgegend die Bevölkerung aus allen Kreisen hat befreien lassen. Als indes der Rothe der Boden Geras wegen ihres anstößigen Lebenswandels zu heiß wurde, wandte sie sich in Gesellschaft ihres jetzigen Imprefario Jenisch nach Chemnitz, um dort die praktische Anwendung des Schwindels zu bewerkstelligen. Von der Pampel wurde sie fortan häufig zu Séancen nach Gera citiert, wodurch sie, von dieser über alle Einzelheiten vorher informiert, durch ihre Antworten u. alles überraschen konnte.

**Greiz, 27. März.** Schaffers Bureau meldet: Der Fürst Heinrich XXII. von Reuß ä. L. ist gestern nachmittag aus Obermais bei Meran (Tirol) totkrank hier eingetroffen. Um Ansehen zu vermeiden, wurde der Fürst von Reichenbach aus ins Schloß getragen.

**Aus der Partei.**

o. Das Meineidsverfahren gegen die Genossen Büchel und Wunderlich in Vochum, die bekanntlich Hauptzeugen in dem Betrugsprozeß gegen den Dr. Lütgenau waren, ist jetzt eingestellt worden. Damit sind die Verurtheilten Lütgenaus, die

Zeugenaussagen dieser beiden Genossen, auf Grund deren seine Bestrafung erfolgen mußte, als unglaubwürdig hinzustellen, um dann im Wiederaufnahmeverfahren seine Freisprechung zu erzielen, endgültig geseheitert. Da das Oberlandesgericht zu Hamm die Berufung Lütgenaus ebenfalls verworfen hat, so dürften nunmehr die Akten über den „Fall Lütgenau“ geschlossen sein.

**Gerichtssaal.**

Landgericht.

Leipzig, 23. März.

Wegen gewinnsüchtiger Urkundenfälschung und Betrugs wurde der in Neustadt wohnhafte, 41 Jahre alte Kaufmann Karl Friedrich S. im September v. J. vom Landgericht in Leipzig zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er brachte damals schon ärztliche Zeugnisse bei, daß er in der Zeit, als er die Betrugsereignisse beging, geistig nicht ganz intakt war. Auf Grund der Sachverständigenurtheile war aber festgestellt worden, daß S. in jener Zeit durch seine zerrütteten Vermögensverhältnisse wohl unter einer seelischen Depression gestanden haben mag, daß er aber die zur Strafthat erforderliche Einsicht zweifellos besessen hat. So gelangte das Gericht zu seiner Verurteilung. Es handelte sich damals um Wechsel, deren Unterschreiben er fälschte, um sich Geld zu verschaffen, was ihm auch in mehreren Fällen gelungen war. Am sind noch zwei weitere Fälle hinzugekommen, wegen deren er sich heute vor der 2. Strafkammer zu verantworten hat. In dem einen handelt es sich um einen Wechsel in Höhe von 400 Mk., mit dem Namen des Gutsbesitzers B. in Pausitz, und in dem anderen um einen solchen in Höhe von 165 Mk., mit dem Namen des Schneidermeisters W. hier als Acceptanten. Im ersten Falle erlangte S. nur 300 Mk., wo die übrigen 100 Mk. geblieben sind, vermag er nicht anzugeben. Zu seiner Verteidigung führt er dieselben Gründe wie in der ersten Verhandlung an. Die ärztlichen Sachverständigen beziehen sich in ihren heutigen Gutachten auf die in der ersten Verhandlung gemachten Darlegungen über den Gesundheitszustand S.s. Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von 2 Monaten Gefängnis.

Schwere Körperverletzung. Am Abend des 24. Januar kam der 23 Jahre alte Sattler Paul Richard Leuch in ein Restaaurant in der Engelstraße in Meinzschöcher und war schon etwas angetrunken. Dort traf er mit seinem Saalnachbar, dem Arbeiter B. zusammen, der mit einigen anderen Gästen Skat spielte. L. setzte sich zu ihm an den Tisch und meinte sich gesprächsweise in das Spiel. B. ermahnte ihn zunächst in gutem, dies zu unterlassen, aber L. ließ sich nicht beirren und als B. es sich ernstlich verbat, nahm L. ein gefülltes Bierbech mit Hindeckel und warf es B. mit aller Wucht an den Kopf, daß er sofort bewußtlos zusammenbrach. Das Bierglas war dabei auch in Stücke gegangen. Nach etwa ¼ Stunde erlangte B. das Bewußtsein wieder. Vier Wochen war B. arbeitsunfähig und die Schmerzen sind noch nicht ganz geschwunden. L. hat sich wegen dieses Delikts heute vor der 3. Strafkammer zu verantworten. Er giebt zu seiner Entschuldigung an, betrunken gewesen zu sein und auch durch B. zur That gereizt worden zu sein, indem er ihn „zumisch“ genannt habe. Dies wird von B., der als Zeuge vernommen wird, bestritten. Angetrunken sei L. gewesen, aber nicht so, daß er nicht mehr gewußt habe, was er mache; geschimpft habe er ihn nicht, sondern sich nur seine Einmischungen verbeeten. L. wird wegen gefährlicher Körperverletzung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Baderborn, 22. März.** Im Prozeß wegen des Altenbekener Eisenbahnunglücks wurden zahlreiche von den Verteidigern gestellte Anträge auf Beweiserhebung sämtlich abgelehnt. Um 11 1/2 Uhr begann das Plaidoyer des Ersten Staatsanwalts, in dem er darlegte, daß sämtliche Angeklagte gegen ihre Dienstaufweisungen gehandelt hätten. Er beantragte daher, gegen Kleinhaus auf 1 Jahr, gegen Meyer und gegen Peters auf je 6 Wochen Gefängnis zu erkennen. Das Urteil lautete gegen Peters auf sechs Wochen, gegen Kleinhaus auf neun Monate Gefängnis; Meyer wurde freigesprochen.

Die Verurteilten haben Revision eingelegt. Morgen findet der Prozeß gegen den Kottenerarbeiter Johannes Babe statt, der der Verübung von Leichen bei dem Altenbekener Eisenbahnunglück beschuldigt wird.

**Vereine und Versammlungen.**

**Versammlung der Stelnarbeiter.**  
Die am 20. März im Römischen Hof tagende Versammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Die sächsische Landeskonferenz; 2. Wahl von Delegierten; 3. Bericht vom Gewerkschaftsartell; 4. Wahl eines Mitgliedes zur Kontrollkommission; 5. Gewerkschaftliches. Nachdem der Zweck der Konferenz, die in diese Richtung, erläutert, wurden zwei Delegierte gewählt. Mit dem Bericht des Gewerkschaftsartells war die Versammlung einverstanden. Die Wahl eines Mitgliedes zur Kontrollkommission wurde durch die Wahl des Kollegen Griel erledigt. Unter Gewerkschaftlichem sprach sich die Versammlung mißbilligend darüber aus, daß bei der Herstellung der Kathausarbeiten nicht, wie vom Rate versprochen, hiesige Arbeiter berücksichtigt werden, sondern daß es zur Zeit ein Unternehmer fertig brachte, die hiesigen Steuerzahler aussetzen zu lassen, eiliche auswärtige Steinmetzen aber weiter beschäftigt und zwar mit Kathausarbeit. Da die Arbeitslosigkeit unter den hiesigen Steinmetzen noch eine sehr große ist, wird gewünscht, daß der Rat der Stadt Leipzig im Interesse seiner Steuerzahler darauf sieht, daß diese Mißstände abgestellt werden. Ferner möchte der Rat für eine Beschleunigung der Arbeiten sorgen. Der Vertrauensmann weist dann noch darauf hin, daß nach Ostern eine Versammlung stattfinden, in welcher speziell Kongressangelegenheiten verhandelt werden sollen. In dieser soll ein Referat über den Wert der Unterstützungseinrichtungen gehalten werden. Die Kollegen sollen deshalb in dieser Versammlung vollständig erscheinen.

**Gemeinde-Zeitung.**

In der Stadtverordnetenversammlung, die nächsten Mittwoch abgehalten wird, soll die Festsetzung des zu erhebenden Steuer-satzes erfolgen. Ferner kommen zur Verhandlung das Vertragsabkommen mit der Gemeinnützigen Baugesellschaft in Leipzig wegen Ueberlassung von Areal in Leipzig-Uhlig in Erbbaurecht und die damit zusammenhängenden Verträge mit der Landesversicherungsanstalt. Im Geschäftszimmer der Stadtverordneten, Katharinenstraße Nr. 1, II., werden Druckexemplare der über die Verhandlungen in den öffentlichen Besessungen der Stadtverordneten aufgenommenen Stenogramme, soweit der Vorrat reicht, auf Verlangen unentgeltlich verabfolgt.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. März.

Der Arbeiterführer für Leipzig und Umgegend 1902 ist...

12. Delegiertentag des Verbandes deutscher Kunstgewerbevereine. Im Vortragssaal des Grassimuseums...

Zur Leipziger Studentenreise nach Paris. Zu dem Zweck, es habe das sächsische Kultusministerium...

Am Karfreitag und am ersten Osterfeiertag sind nach § 8 des Gesetzes über die Sonn-, Fest- und Bußtagsfeier...

Eine Automobilfahrt, die als erste Probefahrt eine neue Verbindung zwischen Naunhof und Leipzig einleiten soll...

Gewerbelammer-Erswahl. Nachdem die Wahl zur Erneuerung der hiesigen Gewerbelammer...

Stadtrat Dr. Wangemann, der mit dem 1. April in den Ruhestand tritt...

DEUTSCHES REICH (statt DEUTSCHES REICH) lautet auf vielen Bogen der neuen, seit dem 20. März verkauften 3 Pfg.-Marken die Inschrift der 99...

Freigepäd. Bei den Reisenden scheinen vielfach noch Zweifel darüber zu bestehen...

Die neuen Briefmarken. Vom 20. bis 31. März soll man die alten Briefmarken gebrauchen...

Patentmeldungen sächsischer Erfinder. Gegen diese Patentmeldungen kann bis zum 20. Mai Einspruch erhoben werden...

Das Duell Breit-Dettinger hatte am Sonnabend vor dem Reichsgericht ein Nachspiel. Gegen das Urteil des Schwurgerichts Leipzig vom 4. Dezember v. J....

Hochkapitel. Aufmerksam gemacht sei auf einen unbekanntem Goldschmiedler und Hochbetrüger...

Ein frecher Ladendiebstahl wurde am Sonnabend abend kurz vor Geschäftsschluss in einem Produktladen der Uhlandstraße zu Lindenau verübt...

Auf der Dresdener Straße fuhr am Sonnabend ein einspanniges Luxusgeschirr, sogenanntes Gig, ein Hundegeschirr um...

Eine raffinierte Uhrendiebstahl wurde in der Person einer 29 Jahre alten Arbeiterin aus Wittenberg...

Drei angebliche Zigeunerinnen besuchten gestern eine Gastwirtschaft in der Sternwartenstraße. Nachdem sie dort etwas gegessen hatten...

kleine Polizeinachrichten. Auf Ersuchen der Polizeibehörde in Rassel erfolgte hier die Festnahme eines 25 Jahre alten Klempners...

Durch Einbruchdiebstahl sind aus einem Geschäftszimmer in der Kurprinzstraße 88 Mark gestohlen worden...

Aus einer Niederlage in der Weststraße sind unter Verwendung von Nachschlüssel in der Nacht zum 22. März 15 Pakete Journiere im Werte von 300 Mark gestohlen worden...

Am Sonntagabend um die Mittagsstunde drang ein Dieb mittels Nachschlüssel in ein Geschäft der Poststraße ein und stahl daraus einen Geldbetrag von 135 Mark...

Einer unbekanntem Frauensperson hat eine hiesige Familie, die durch Zeitungsanzeige eine Heirat suchte...

und daß die Familie einer Betrügerin zum Opfer gefallen ist. Diese mochte über die Mitte der 30er Jahre hinaus sein...

Stötterly. Das Bürgerlichschulprojekt ist gefallen. Der Arbeiterverein von Stötterly war gegen den Plan...

Selt Ostern 1900 ist unsere hiesige einfache Volksschule in eine solche mittleren Grades umgewandelt. Der Erfolg...

Als Beweis, daß unsere zur Zeit noch einfache Volksschule es verstanden hat, den Grundstein für die Erlangung...

Trotz dieser Beweise ist am 26. Januar d. J. von Seiten des Schulvorstandes in Stötterly ein Circular erlassen worden...

Als Schulgeld soll pro Kind 18 M. jährlich erhoben werden. Der unterzeichnete Verein glaubt jedoch hiermit den Beweis...

Die Anregung zur Errichtung einer Bürgerlichschule für Stötterly geht einzig und allein nur von Seiten des hiesigen Hausbesitzervereins aus...

Eine am 20. August 1901 von Herrn Lehrer Lehmann im Auftrag des Hausbesitzervereins an den Gemeinderat...

Desgleichen konnten in der am Sonnabend den 8. Februar a. c. hier abgehaltenen öffentlichen Einwohnerversammlung...

Gleichzeitig sei noch bemerkt, daß Herr Lehrer Lehmann in der Gemeinderatsitzung vom 20. August 1901 erklärt hat...

In Erwägung dessen, daß der Schulvorstand nicht dazu besteht, um die Interessen der Hausbesitzer zu vertreten...

Die Versammlung beschloß bemeinstprechend nachstehend einstimmig angenommene Resolution der königl. Amtshauptmannschaft...

Selbst ein Artikel der Leipziger Lehrerzeitung vom 5. Februar, Seite 204, nennt die Einrichtung einer Bürgerlichschule...

Aus diesen angeführten Gründen eruchen wir die königliche Amtshauptmannschaft, dahin wirken zu wollen...

Hierauf ist folgende Antwort eingegangen: Die königliche Bezirksschulinspektion hat mangels nachweisbaren Bedürfnisses...

Königliche Bezirksschulinspektion Leipzig II. Außerdem hat das Bürgerlichschulprojekt dem Herrn Lehrer Lehmann seine Kenner als Gemeinderats- und Schulvorstandsmitglied...

Zu unserer Kenntnis ist gelangt, daß der in Stötterly wohnhafte Lehrer an der hiesigen 7. Bezirksschule...

Herr Lehmann hat irrtümlicherweise gemeint, daß er bei der von ihm behaupteten herbeigezogenen Genehmigung...

Neuerdings ist nun Herr Lehmann in seiner Eigenschaft als Gemeinderatsmitglied auch die Funktion eines Vorstehenden des Schulvorstandes zu Stötterly übertragen worden...

Da die mit diesen beiden Ämtern verbundene Arbeitshäufung bei der Größe von Stötterly nicht unerheblich sein kann...

Herr Lehmann hat irrtümlicherweise gemeint, daß er bei der von ihm behaupteten herbeigezogenen Genehmigung...

Wir vermögen daher nicht die von diesem zur Uebernahme bez. Fortführung dieser Kenner nachgesuchte Genehmigung zu erteilen.

Den Gemeinderat zu Stötterly setzen wir hiervon in Kenntnis mit dem Ersuchen, Herrn Lehmann diese Entschliebung mit möglichste



Beschleunigung zu eröffnen und ihn zur sofortigen Niederlegung der Ämter zu veranlassen, auch Erfolgsnachricht anher mitzuteilen.

Die Bezirkskassenspektion Leipzig I. Dr. Dietrich.

Sommerfeld. Necht eigenhändig berichte es bei dem am Donnerstag stattgefundenen Examen in hiesiger Schule, daß es keiner der Herren vom Schulausschuss für nötig befunden hatte, dem Examen beizuwohnen.

Soziale Rundschau.

Folkswirtschaftliches.

Ueber die Lage des Bankgeschäfts in Deutschland spricht sich der Berliner Berichterstatter des Londoner Economist u. a. wie folgt aus: Ausländische Kritiker haben die Verichte der deutschen Banken für 1901 mit ungewöhnlichem Interesse erörtert, weil man darin die Merkmale für den ungesunden Charakter des deutschen Bankwesens in Bezug auf die enge Verbindung der Banken mit industriellen Unternehmungen zu finden hoffte.

Gewerkschaftliches.

Wegen Landfriedensbruchs hatte das Landgericht Schärth am 4. November v. J. die Glasarbeiter Begmeier, Schäfer und Dirschel zu je 3 Monaten 15 Tagen, Kopp und Kahl zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Militär vom französischen Bergarbeiterverband. In Montceau les Mines, wo die Bergarbeiterdelegierten André und Metzger über ihre Thätigkeit auf dem Kongress zu Paris Bericht erstatteten, wurde eine Resolution in der zahlreiche besuchten Versammlung angenommen.

Von Nah und Fern.

Großfeuer.

Berlin, 24. März. Ein Großfeuer in der Kabelabrik von Siemens u. Halke am Salufer in Charlottenburg hielt gestern die Feuerwehr in Thätigkeit. Der Dachstuhl stand in Flammen und erst nach anderthalbstündiger Wasserabgabe aus 15 Schläuchen gelang es der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Wien, 24. März. Ein vor der Stadt am Rudolfsberg gelegenes Pulvermagazin der Firma Pex u. Hof ist gestern früh kurz nach 4 Uhr unter donnerähnlichem Krachen in die Luft gesunken.

wurde in einem Umkreis von drei Stunden gehört. Ueber die Ursache der Explosion vermittelte man, daß böswillige Brandstiftung vorliegt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Paris, 22. März. Einem amtlichen Bericht zufolge fand am 20. März morgens im Flecken Ost im Gouvernement Rutals ein Erdbeben statt, durch welches viele Wohnhäuser beschädigt wurden.

Lezte Nachrichten.

ab. Warschau, 23. März. Die Pariser Wittermelbung über den Verkauf der Einzelheiten der französisch-russischen Militärkonvention des Obersten Grimm hat sich als nicht zureichend herausgestellt.

Telegraphische Depeschen.

Privattelegramme der Leipziger Volkszeitung.

Saria, 24. März. In der psychiatrischen Klinik in Chartow wurde eine Geheindruckeret entdeckt, aus welchem Anlaß in der Stadt viele Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen wurden.

Briefe müssen richtig frankiert werden!

In letzter Zeit sind uns mehrfach Briefe aus Leipzig und Umgegend zugegangen, die ungenügend frankiert waren.

Es sei daher hiermit wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Briefe in Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortverkehr bis zum Gewicht von 250 Gramm 5 Pfg., dagegen Postkarten im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortverkehr nur 2 Pfg.

In den Leipziger Orts- und Nachbarortverkehr sind eingeschlossen die Ortsteile: Abnauendorf, Auenhain, Baasendorf, Bärndorf, Böhlitz-Ehrenberg, Burgahausen, Döllitz, Döfen, Gausitz, Gohndorf, Großwiederitzsch, Großhörscher-Waldorf, Gumborf, Heilerer Wld., Hohenheide, Kleinwiederitzsch, Lauer, Leutzsch, Markleeberg, Mochau, Möckern, Mollan, Neptentstein, Oebitz, Pannsdorf, Podelwitz, Pöthen, Prebisch, Raschwitz, Rietmarzdorf, Schönbau, Schönefeld, Seehausen, Stahmeln, Stöckeritz, Stütz, Thelma-Teuden-Neuhsch, Wahren, Windmühle Wertenfeld, Jweinauendorf.

Mehrere sind uns auch Frei-Inserate in offenem Couvert (mit 2 Pfg.-Marken frankiert) zugegangen. Diese Briefe müssen gleichfalls mit 5 Pfg.-Marken frankiert werden.

Redaktion und Expedition.

Ankunft in Rechtsfragen.

H. S. Sechs Monate Aufenthalt ist zulässig. H. S. 100. 1. Nach § 15, 3 sind von dem Einkommen abzuziehen: Die von den Beitragspflichtigen geleistete oder vertragmäßig zu leistende Beiträge zu Krankens, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwens-, Waisen-, Pensions- und Sterbefällen.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag den 24. März: 79. Abonn.-Vorstellung (8. Serie, weiß): Die versunkene Glocke. Musikdrama in 5 Akten nach der Märchenbuchung Gerhart Hauptmanns von Heinrich Böllner.

Altes Theater.

Montag den 24. März: Witz-Geldberg. Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster. Regie: Ober-Regisseur Adler.

Rätche Schölermann, Hans Reuter, Ein Musikant. Herzogliche Bediente: Hr. Laue, Hr. Schröder, Hr. Meißhorn, Hr. Richter, Hr. Schmecke.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Gelbe Erbsen mit Schweinefleisch, Speiseanstalt II (Rosenthal): Linsen mit Wiener Würstchen.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Table with 3 columns: Product name, Unit, and Price. Includes items like Weizen per 1000 kg netto, Roggen per 1000 kg netto, Gerste per 1000 kg netto, etc.

Das Auskunftsbureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten befindet sich im Coburger Hof, Windmühlenstraße 11, 1. Etage.

Arbeiterinnen! Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeiterverhältnisse entgegenzunehmen und sie, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen zu nennen, der Behörde zu übermitteln:

Bur Beachtung. Folgende Sätze sehen den Arbeitern zu Versammlungen zur Verfügung:

- List of names and addresses for workers' meetings: Leipzig: Hosen, Gantzen, Dresden Str., Hummel, Götze, etc.